

Zur Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951

An die deutschen Juristen!

*Von Prof. Dr. Walter N e y e , Dekan der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität,
Präsident der Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands, Mitglied des Deutschen Friedenskomitees
und stellvertretender Vorsitzender des Groß-Berliner Komitees der Kämpfer für den Frieden*

Der Kampf für die Erhaltung des Friedens ist in eine neue, vielleicht seine entscheidende Phase getreten. In allen Ländern der Erde wird der Appell des Weltfriedensrates zum Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den fünf Großmächten verbreitet und unterzeichnet. Er bringt das Verlangen der Völker nach Sicherung des Weltfriedens zum Ausdruck und zeigt den Regierungen der Großmächte unmißverständlich, welche Schuld sie auf sich laden, wenn sie den Appell überhören. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit wird das Grundrecht jeder Demokratie, daß das Volk in seiner Gesamtheit seinen Willen über die Gestaltung der Zukunft zum Ausdruck bringt, im Weltmaßstab ausgeübt.

Daß wir Deutschen uns an der Unterzeichnung dieses Appells zunächst nicht beteiligen, hat seinen Grund darin, daß uns in dem gewaltigen Kampf um die Erhaltung des Friedens eine besondere Aufgabe zufällt. Es ist die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß deutsches Land und deutsche Menschen nicht wieder, nicht noch einmal, nicht zum dritten Mal in einer Generation für einen Krieg mißbraucht werden. Diese Aufgabe ist von größter Bedeutung nicht nur für unser Volk, sondern auch für die übrigen Völker Europas. Denn ohne deutsche Wirtschaft, ohne deutsches Land und ohne deutsche Menschen ist der Krieg in Europa unmöglich. Und deswegen ist es notwendig, daß das deutsche Volk sich auf diese Aufgabe konzentriert.

Die Gefahr eines neuen Krieges, in dem Deutschland Kriegsschauplatz wäre und in dem Deutsche auf Deutsche schießen sollten, ist außerordentlich groß. Durch die den Abmachungen der Siegermächte des 2. Weltkrieges widersprechende Indienststellung der westdeutschen Industrie für die amerikanische Rüstung und durch die Aufstellung deutscher Söldnerformationen wird sie auch dem klar, der bisher noch skeptisch oder sorglos war. Mit diesen Maßnahmen ist der Weg des Rechts endgültig verlassen. Die westdeutsche Regierung als das ausführende Organ dieser von den westlichen Besatzungsmächten angeordneten Maßnahmen ist dabei, das deutsche Volk in eine Katastrophe zu führen, die an Ausmaß und Schrecklichkeit die hinter uns liegende noch weit übertreffen würde. Es gibt kein Gesetz, welches dem deutschen Volk vorschreibe, das widerspruchslos hinzunehmen.

Deutlich genug ist dem deutschen Volk zum Bewußtsein gebracht worden, daß es seine Pflicht gewesen wäre, gegen Hitler und dessen Krieg sich aufzulehnen, und deutlich genug hat man 1945 Hitler und diejenigen, die seinen Krieg vorbereiteten, als Verbrecher, diejenigen, die ihn bekämpft haben, als im Recht befindlich bezeichnet. Das deutsche Volk weiß also, daß es legal handelt, wenn es sich gegen den drohenden Krieg auflehnt und seine Vorbereitung, die Remilitarisierung, verwirft.

Das deutsche Volk liebt den Frieden. Ein Weg zur Erhaltung des Friedens, zur Verhinderung des Krieges ist die Volksbefragung über die Remilitarisierung. Wer die Volksbefragung bekämpft, wer sie zu verhindern sucht, handelt gegen die Grundsätze der Demokratie und auch gegen die Grundsätze des Rechts.

Es ist Aufgabe jedes wahren Wissenschaftlers, voran jedes Juristen, das deutsche Volk hierüber nicht im Zweifel zu lassen. Es muß erreicht werden, daß das deutsche Volk seine wahre Auffassung gegen die Remilitarisierung und damit gegen einen neuen Krieg bei der Volksbefragung offen zum Ausdruck bringt. Wenn das erreicht wird, kann sich eine Katastrophe wie die hinter uns liegende nicht wiederholen. Denn dann werden es nicht Einzelne sein, die sich gegen unrechtmäßige Regierungsmaßnahmen wehren und dafür leiden müssen, indessen die Massen des Volkes beiseite stehen, sondern es werden die Massen des Volkes sein, die sich wehren, und die Wenigen, die unrechtmäßige Anordnungen treffen oder sie durchführen, werden es sein, die dafür zur Verantwortung gezogen werden.

**Die Volksbefragung bedeutet nichts anderes als eine freie demokratische
Willenskundgebung des deutschen Volkes.**

Aus dem Aufruf des Hauptausschusses für Volksbefragung
